

Antifaschismus

Politisch links zu sein war für mich immer mit einer antifaschistisch-demokratischen Grundhaltung verbunden. So bin ich der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) beigetreten, war 1998 Mitinitiator bei der Bildung der Kreisvereinigung Recklinghausen als eigenständigem gemeinnützigem Verein und wurde zu deren Vorsitzendem gewählt.

Schon immer habe ich mich aktiv an der Aufarbeitung der Geschichte des Faschismus in den Städten und im Kreis Recklinghausen und die Schicksale von Opfern des Nazi-Regimes erforscht. Denn wer der Verherrlichung des Hitler-Faschismus durch Alt- und Neofaschisten entgegentreten und verhindern will, dass sich solche Verbrechen wiederholen, der ist dazu verpflichtet, die Vergangenheit aufzuarbeiten.

Der Kreis Recklinghausen kann einen erheblichen Beitrag zur Aufarbeitung der lokalen Geschichte des Faschismus und der in weiten Teilen unbekanntem Schicksale von Verfolgten des Naziregimes im Kreis leisten.

Dazu muss die Kreisverwaltung ein Projekt mit Historikern anschieben, in dem die an die Bezirksregierung in Düsseldorf weitergereichten Akten des damaligen „Kreisausschusses für politisch Geschädigte“ mit ca. 800 Antragstellern ausgewertet und die Ergebnisse in einem Online-Opferbuch veröffentlicht werden. Außerdem kann der Kreis Recklinghausen die Aufarbeitung in den einzelnen Städten des Kreises und die Entwicklung einer antifaschistischen Kreiskarte koordinieren und fördern.

Der Kreistag muss sich darüber hinaus über seine Mitglieder im Polizeibeirat dafür einsetzen, dass für alle Opfer und Verfolgten des Naziregimes in der ehemaligen Gestapo-Leitstelle Nord am Polizeipräsidium eine Gedenktafel angebracht wird, die noch vorhandenen historischen Dokumente über die Gestapo-Leitstelle und die im Osten eingesetzten Polizeibataillone von Historikern ausgewertet und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und ein Gedenkraum mit einer ständigen Ausstellung im Polizeipräsidium eingerichtet wird.

Der Kreistag muss sich öffentlich jedweder Provokation heutiger faschistischer Organisationen und Parteien entgegenstellen, auch wenn diese im Kreistag selbst vertreten sind. Dies gilt für falsche Behauptungen und erst recht für Demonstrationen und andere öffentliche Aktionen neofaschistischer Organisationen.

Über den Polizeibeirat sind regelmäßig Informationen über die Umtriebe der Neofaschisten im Kreis Recklinghausen einzufordern und der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Der Kreistag muss sich für das Verbot aller neofaschistischen Parteien und Organisationen einsetzen.